



MONATSSPIEGEL

Die Zeitung der Erlanger SPD

Ausgabe Dezember 2022/Januar 2023

SOZIALSTAAT

VON MARTINA STAMM-FIBICH

Es steht außer Frage, dass wir uns in einer schwierigen Zeit bewegen. Der Corona-Pandemie folgte der furchtbare Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Wir haben die Arbeit in der Fraktion in schwierigen Zeiten aufgenommen, befinden uns in einer Zeitenwende. Er hat schwerwiegende Folgen auch für Deutschland. Steigende Preise und vor allem hohe Energiekosten stellen uns auf die Probe. Viele Bürgerinnen und Bürger haben die Sorge, wie sie ihre Stromrechnung oder die Heizkosten bezahlen sollen. Unternehmen fragen sich, wie sie die höheren Energiekosten tragen können. Beschäftigte fürchten um ihren Arbeitsplatz.

Schon während der Corona-Pandemie haben wir in Regierungsverantwortung stehend Milliarden in die Hand genommen, um die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zu unterstützen. Und auch jetzt haben wir in den vergangenen Monaten entschlossen gehandelt und sind auf einem guten Weg, viele Hürden zu überwinden und die Bürgerinnen und Bürger mit vielen Maßnahmen auf der einen Seite finanziell zu unterstützen und auf der andere zu entlasten.

Wir haben unsere Energieversorgung diversifiziert, wir machen uns zunehmend unabhängiger von Energieimporten aus Russland und sind mit inzwischen sehr gut ge-

füllten Gasspeichern auf den Winter vorbereitet. Und im Jahr 2023 kommen die Preisbremsen für Strom und Gas. Ziel ist es, die Energiekosten bezahlbar zu halten und zugleich eine sichere Versorgung mit Gas zu gewährleisten, damit Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Industrie und Mittelstand heil durch diese Krise kommen.

Gaspreisbremse: Für private Haushalte, kleine und mittlere Unternehmen (unter 1,5 Millionen Kilowattstunden Gasverbrauch im Jahr) sowie für Vereine soll der Gaspreis von spätestens März 2023 bis April 2024 bei 12 Cent pro Kilowattstunde gedeckelt werden – angestrebt wird die rückwirkende Geltung zum 1. Februar. Eine befristete Gaspreisbremse soll ab Januar 2023 ebenfalls der von den hohen Preisen betroffenen Industrie dabei helfen, Produktion und Beschäftigung zu sichern. Der Preis für die Kilowattstunde wird hier auf 7 Cent gedeckelt.

Eine Strompreisbremse soll ab Januar 2023 dazu beitragen, dass die Stromkosten insgesamt sinken. Der Strompreis für private Verbraucher sowie kleine und mittlere Unternehmen wird daher bei 40 Cent pro Kilowattstunde gedeckelt. Dies gilt für den Basisbedarf von 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs. Für Industriekunden liegt der Deckel bei 13 Cent für 70 Prozent des historischen Verbrauchs. Dazu muss auch der Anstieg der Netzentgelte im deutschen Stromnetz gedämpft werden. Die Netzentgelte sind Bestandteil der

Stromkosten und werden somit von den Stromkundinnen und -kunden getragen. Um die Strompreisbremse für den Basisverbrauch und eine Dämpfung der Netzentgelte für Strom zu finanzieren, sollen Zufalls Gewinne von Stromproduzenten zumindest teilweise abgeschöpft werden.

Außerdem werden Inflationsausgleichsprämien bis 3000 Euro, die Unternehmen an ihre Beschäftigten auszahlen, von Steuern und Abgaben befreit. Die Regelung gilt befristet bis Ende 2024.

Mit der Verabschiedung des Inflationsausgleichsgesetzes setzt die Ampelkoalition einen weiteren Teil des Entlastungspakets III um. Das Kindergeld wird ab dem 1. Januar 2023 für das erste und zweite Kind um 31 Euro auf 250 Euro pro Monat angehoben. Das Kindergeld für das dritte Kind wird um 25 Euro auf ebenfalls 250 Euro angehoben. Für das vierte und jedes weitere Kind bleibt es bei den schon bisher geltenden 250 Euro. Über die bereits im Vorschlag der Regierung vorgesehene

>> Seite 3

AUCH IN DIESER AUSGABE:

- Ehrung für Lothar Krawolitzki
- Neue Geschäftsführung

TERMINE

06.12.	10:00	Distrikt Ost: Jahresausklang	Thalermühle	S. 17
13.12.		Distrikt Innenstadt: Jahresabschlussitzung		S. 17
14.12.	15:00	AG 60+: Lametta-Sitzung	S. 20	
14.12.	19:00	Distrikt West: Weihnachtsfeier	Irodion	S. 17
18.12.	10.30	Adventsbrunch mit der ASF	Tanzschule Geist	S. 7
19.01.	19:00	Kreismitgliederversammlung	Dreycedern	S. 3
22.04.		Ehrungs-KMV		S. 3

KONTAKT

SPD-Kreisverband Erlangen-Stadt

Vorsitzende:

Munib Agha & Sandra Radue

Geschäftsführer:

Fynn Geifes
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen

Telefon: 09131 812 65-22
Telefax: 09131 812 65-13
Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: spd-erlangen.de

Bankverbindung:
Sparkasse Erlangen
IBAN DE22 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Mo 17:00 - 19:00
Do-Fr 09:00 - 12:00
und nach Terminvereinbarung

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen

Vorsitzender:

Dr. Philipp Dees

Geschäftsführerin:

Katja Rabold-Knitter

Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Telefon: 09131 86-2225
Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de

Bürozeiten

Mo 09:00 - 13:00 Uhr
Di 09:00 - 13:00 Uhr
Mi geschlossen
Do 09:00 - 13:00 Uhr
Fr geschlossen

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Kreisverband Erlangen,
Friedrich-List-Str. 5
91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit:

Katharina Ullmann
(ku, presserechtliche Verantwortliche, Anschrift wie oben)
Lars Thomsen, Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe:

Sophie Eidt, Monika Fath-Kelling, Johanna Pfister, Martin Prokopez, Sophia Waldmann, Christian Wonnerth

Druck:

Onlineprinters GmbH,
Fürth

Auflage:

600 Stück

Anhebung des Kindergeldes hinaus werden Familien damit allein in den nächsten beiden Jahren um jeweils rund 2,1 Milliarden Euro zusätzlich entlastet. Die steuerlichen Kinderfreibeträge werden für 2022 um 160 Euro auf 8.548 Euro, für 2023 um 404 Euro auf 8.952 und für 2024 um weitere 360 Euro auf 9.312 Euro angehoben. Anders als in den letzten Jahren wird das Kindergeld deutlich stärker angehoben als die Kinderfreibeträge. Das hilft besonders Familien mit kleinen und mittleren Einkommen.

Der Grundfreibetrag für Erwachsene wird für das Jahr 2023 um 561 Euro auf 10.908 Euro und für 2024 noch einmal um 696 Euro auf 11.604 Euro angehoben. So stellen wir sicher, dass das Existenzminimum - also das, was jeder und jede zum Leben braucht - auch trotz Inflation weiterhin steuerfrei bleibt.

Die Auswirkungen der sogenannten kalten Progression werden an den Steuerzahler zurückgegeben: Damit Lohnsteigerungen tatsächlich im Geldbeutel der Beschäftigten ankommen und als Ausgleich für die darüber hinausgehende Inflationsrate werden die Eckwerte des Steuertarifs für das Jahr 2023 um 7,2 Prozent und für 2024 um weitere 6,3 Prozent nach rechts verschoben.

Enttäuscht bin ich über die Entscheidung des Bundesrats, das Bürgergeld vorerst zu kippen und habe die Befürchtung, dass die Union im Vermittlungsausschuss das ganze Projekt verwässert. Es kann nicht sein, dass mit falschen Zahlen einkommensschwache Menschen gegen Arbeitslose ausgespielt werden. Das Bürgergeld ist viel mehr als ein erhöhter Regelsatz. Es geht dabei vor allem darum, Langzeitarbeitslosen durch Weiterbildung eine echte

VORANKÜNDIGUNG EHRUNGS-KMV

Liebe Genossinnen und Genossen,

bitte merkt Euch bereits jetzt den 22. April 2023 vor. An diesem Samstag wollen wir die August-Bebel-Uhr verleihen und auch die Genossinnen ehren, die in den Jahren 2022 und 2023 ihr Beitrittsjubiläum (10, 25, 40, 50, 60 und 70 Jahre) zu unserer Partei feiern.

Alle Jubilare erhalten dazu noch eine schriftliche Einladung.

Sandra und Munib

Perspektive zu schaffen. Wir wollen für die Menschen die Chance auf eine langfristige Beschäftigung statt sie von Hilfstätigkeit zu Hilfstätigkeit zu schieben. Deswegen sollen Aus- und Weiterbildung künftig Vorrang vor der Vermittlung haben. Außerdem ziele das Gesetz darauf ab, Menschen die in Not geraten sind, vor dem plötzlichen sozialen Abstieg zu bewahren. Das Gesetz

sieht vor, dass Arbeitslose, die neu in den Bürgergeldbezug kommen, erst einmal zwei Jahre ohne weitere Überprüfung in ihrer Wohnung bleiben können und Vermögen bis zu 60.000 Euro in den ersten zwei Jahren nicht aufbrauchen müssen, um Bürgergeld zu bekommen. Das nutzt gerade denjenigen Menschen, die jahrelang gearbeitet und sich etwas aufgebaut haben.

KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

**Kreismitgliederversammlung
am Donnerstag, 19. Januar 2023, 19:00 (!) Uhr
Dreycedern, Altstädter Kirchenplatz 6**

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung
2. Bürgergeld und Co - sozialpolitische Errungenschaften der Bundesregierung mit Ulrike Mascher (angefragt)
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Munib Agha

Sandra Radue

REDAKTIONSSCHLUSS

für den nächsten
Monatsspiegel
Februar 2023
18. Januar 2022



WIR GRATULIEREN* ZUM GEBURTSTAG & WÜNSCHEN EUCH FÜR EUER NÄCHSTES LEBENSJAHR ALLES GUTE!

*Den Mitgliedern unserer Partei gratulieren wir zum 50., sowie ab dem 60. Lebensjahr im Monatsspiegel

**05.12. Ute Missel
73 Jahre**

**06.12. Peter Wissmann
86 Jahre**

**07.12. Johannes Scholz
79 Jahre**

**14.12. Werner Karr
85 Jahre**

**17.12. Felizitas Traub-Eichhorn
68 Jahre**

**19.12. Dieter Rossmeissl
74 Jahre**

**20.12. Dieter Domabil
67 Jahre**

**21.12. Dieter Schnupp
64 Jahre**

**23.12. Ludwig Mühlbauer
82 Jahre**

**25.12. Elisabeth Rettelbach
68 Jahre**

**25.12. Robert Thaler
79 Jahre**

**26.12. Horst Frank
75 Jahre**

**29.12. Eberhard Hammel
87 Jahre**

**31.12. Brigitte Rohr
70 Jahre**

**31.12. Dietmar Hahlweg
88 Jahre**

**31.12. Klaus Mattischeck
83 Jahre**

**01.01. Gerd Antos
74 Jahre**

**01.01. Karl Wiesent
68 Jahre**

**01.01. Narendra Dev Paliwal
84 Jahre**

**04.01. Ehrhard Peiberg
81 Jahre**

**05.01. Christa Matern
73 Jahre**

**06.01. Peter-Gerd Gollwitzer
76 Jahre**

**09.01. Reinhold Eckstein
74 Jahre**

**10.01. Thorsten Wegscheider
61 Jahre**

**11.01. Astrid Drechsler
65 Jahre**

**12.01. Elfriede Scholz
70 Jahre**

**16.01. Caroline Leisgang
71 Jahre**

**17.01. Anette Seefried
67 Jahre**

**18.01. Heinz Diekmann-Moeller
72 Jahre**

**18.01. Sabine Coburger
72 Jahre**

**21.01. Birgit Maier
62 Jahre**

**23.01. Peter Schmidt
61 Jahre**

**24.01. Jörg Plorin
80 Jahre**

**28.01. Horst Maar
81 Jahre**

**29.01. Manfred Wolter
80 Jahre**



UNSER GENOSSE FRANK LOTHAR KRAWOLITZKI IST KÜRZLICH VON SEINER GEBURTSTADT RASTENBURG/KĘTRZYN IN POLEN ZUM EHRBÜRGER ERNANNT WORDEN.

VON SANDRA RADUE FÜR DIE SPD ERLANGEN

Frank Lothar musste mit 12 Jahren im Jahr 1945 aus seiner Heimat fliehen und hat heute noch lebhaftere Erinnerungen an diese „Flucht vor der Hölle des Krieges“. Allerdings vergaß er nie seine Wurzeln. Bis heute kehrt er jedes Jahr nach Kętrzyn zurück. Oft erzählt er den Menschen dort von seiner Arbeit, die er als Entwicklungshelfer in Afrika ausübte. Wichtig ist es ihm zudem, das Andenken an die jüdischen Familien lebendig zu halten, die unter den Nationalso-

zialisten aus Rastenburg vertrieben wurden. Er stiftete 2012 eine Gedenktafel für die alte Synagoge.

Der Stadtrat von Rastenburg/Kętrzyn hatte ihm daher für seinen Einsatz für seine Heimatstadt und für die deutsch-polnische Versöhnung die Ehrenbürgerschaft der Stadt verliehen. Auch sein großes Engagement für Geflüchtete die aufgrund des Ukraine-Kriegs ihre Heimat verlassen mussten, wurde bei der Ehrungsveranstaltung hervorgehoben.

Bei einer feierlichen Sitzung am 18. August im Rathaus wurden ihm die

Auszeichnung und symbolisch ein Schlüssel zur Stadt ausgehändigt. Oberbürgermeister Florian Janik gratulierte Frank Lothar zu dieser Ehrung. In Erlangen beteiligte sich Frank Lothar unter anderem am Runden Tisch Erlangen-San Carlos und unterstützt die Spendenaktion „Ein Euro für San Carlos“. Zudem ist er engagiert bei der DFGVK und im Erlanger Bündnis für den Frieden. Auch wir gratulieren von Herzen und danken Frank Lothar für sein Engagement und seinen Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit.

ZUM 70. GEBURTSTAG VON CHRISTINE BAUER

VON SIGRID HEITKAMP

Christine begann 1970 bei der Siemens AG als Sachbearbeiterin in der Buchhaltung. Sie gehörte der Siemens AG über 40 Jahre an. 1994 wurde sie erstmals in den Betriebsrat gewählt und im selben Jahr auch Vertrauensperson für schwerbehinderte und gleichgestellte Menschen. Ihr hoher Einsatz und ihre Kompetenz haben ihr seitdem immer herausragende Wahlergebnisse in diesen beiden Gremien eingebracht.

Mit Personal- und Sozialangelegenheiten als ihren Themenschwerpunkten waren es in erster Linie die Menschen, die ihr am Herzen lagen. Jede und jeder einzelne. Es war ihr immer ein Anliegen, die Menschen im Betrieb bestmöglich zu begleiten, sei es bei Problemen am Arbeitsplatz, in gesundheitlichen Fragen bis hin zu sehr persönlichen Angelegenheiten. Stets stand sie ihnen aktiv mit Rat und Tat zur Seite. Auch innerhalb des Betriebsratsgremiums wurde sie eine geschätzte Ratgeberin und hat als Mentorin so manches neue Betriebsratsmitglied unter ihre Fittiche genommen.

Christines Engagement gepaart mit ihrer hohen Sachkenntnis im Sozial- und Arbeitsrecht trugen ihr auch bei den Firmenvertreten hohen Respekt ein. Es war dort allgemein bekannt, dass man zu Verhandlungen mit Frau Bauer sehr gut vorbereitet erscheinen sollte, wollte man in der Verhandlung bestehen. So nahm Christine auch das Unternehmen beim Wort und trug tatkräftig dazu

bei, dass dessen selbsterklärtes Ziel Behinderte zu fördern und zu integrieren zugunsten der Betroffenen umgesetzt wurde, um Behinderte wie nicht-behinderte Menschen gemäß ihren Fähigkeiten einzusetzen und innerbetrieblich zu fördern. In der Gesamtschwerbehindertenvertretung hat sie maßgeblich dazu

beigetragen, dass 2009 mit dem Vorstand eine Integrationsvereinbarung für den Konzern abgeschlossen werden konnte.

Als engagierte Gewerkschafterin hat Christine auch hier für den Erhalt der Arbeitsplätze gekämpft. Sie war als IG Metall Vertrauensfrau im Betrieb aktiv, Delegierte der IG Metall Er-

langen, brachte sich bei zahlreichen gewerkschaftlichen Aktionen ein und fehlte bei kaum einer Kundgebung oder einem Warnstreik. 2009 erhielt sie den Ehrenbrief der Stadt Erlangen für besondere Verdienste auf dem Gebiet der Wirtschaft und Arbeitnehmerschaft.

NEUES AUS DEM RATHAUS: DAS RATHAUSTELEGRAMM

ENTSCHLOSSEN HANDELN GEGEN DEN KLIMANOTSTAND! STADTRAT BESCHLIEßT MAßNAHMENKATALOG KLIMA-AUFBRUCH

Mit dem Maßnahmenkatalog Klima-Aufbruch hat der Stadtrat einen

umfassenden Katalog zum Kampf gegen den Klimanotstand beschlossen. Die Stadt will damit alle ihre Möglichkeiten nutzen, um das 1,5-Grad-Ziel – eine Beschränkung des menschengemachten Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad – zu erreichen.

„Wir treffen heute einen historischen Beschluss. Wir gehen die größte Herausforderung unserer Zeit, die größte Herausforderung für die Menschheit, entschlossen an. Wir kommen heute aus dem Bekenntnis, die Kli-

makatastrophe bekämpfen wollen, zum ganz konkreten Handeln“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Philipp Dees in der Stadtratssitzung.

Erarbeitet worden ist der Maßnahmenkatalog in einem umfangreichen Prozess, an dem die wissenschaftliche Expertise aus dem ifeu-Institut, zufällig ausgewählte Erlanger Bürger*innen sowie verschiedene Stakeholder*innen – Initiativen, Verbände und Unternehmen wie die IHK, Siemens und der FAU oder auch verschiedene Umwelt-



Für jeden Kunden genau das richtige Girokonto!

direkt GIRO: Ideal für Kunden, die ihr Girokonto online oder via App führen möchten.

classic GIRO: Orientiert sich vollständig an Ihren Bedürfnissen.

mein GIRO: Kostenloses Girokonto für Kinder und junge Leute bis zum 27. Geburtstag¹.

Jetzt neu – exklusiv nur bei Ihrer Sparkasse:

Die Sparkassen-Card DMC (Debit Mastercard)

Genießen Sie alle Funktionen der Sparkassen-Card kombiniert mit Online-Bezahlungsfunktion und weltweiter Bargeldauszahlung.

¹ Kostenlos für Schüler, Auszubildende und Studierende bis max. zum 27. Geburtstag. Stand 02/2022



sparkasse-erlangen.de/giro

schutzverbände – beteiligt waren. Der Maßnahmenkatalog zeigt mit insgesamt 41 Maßnahmen in fünf Handlungsfeldern – übergreifende Maßnahmen, Energieversorgung, Gebäude, Mobilität und Ernährung und Konsum – auf, was in Erlangen zu tun ist, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen: Dem Restbudget-Ansatz folgend – wie viel CO₂ darf in Erlangen anteilig zur Welt maximal noch emittiert werden, damit die Temperatur nicht mehr als 1,5 Grad ansteigt – muss Erlangen dann noch vor 2030 klimaneutral sein. Das gelingt nur mit massiven Veränderungen in allen genannten Handlungsfeldern.

Der Bericht zeigt aber auch: Die Stadt allein kann das Ziel der Klimaneutralität vor 2030 nicht erreichen. Zum einen, weil der rechtliche Rahmen fehlt: Die Stadt kann zum Beispiel nicht vorschreiben, dass im Stadtgebiet nur noch Elektro-Antriebe zulässig und konventionelle Verbrennungsmotoren verboten sind. Zum zweiten, weil selbst eine Stadt mit hohen Einnahmen, wie es Erlangen derzeit (noch) ist, mit den notwendigen Finanzmitteln für den Klima-Aufbruch überfordert ist: Alle Maßnahmen mit den notwendigen Personal- und Finanzmitteln umzusetzen, würde bedeuten, dass der Haushalt ein erhebliches Defizit aufweisen würde.

Der Beschluss sieht daher vor, zunächst 12 sogenannte „Leuchtturmmaßnahmen“ vorrangig umzusetzen, die im Beteiligungsprozess entsprechend identifiziert wurden. Außerdem wird die Stadt ihre Öffentlichkeitsarbeit verstärken und intensiv auf Bundes- und Landesebene einwirken, damit dort ebenfalls entschlossen gehandelt wird und die Handlungsmöglichkeiten der Stadt größer werden. Die weiteren Maßnahmen werden nach Möglichkeit angegangen.

„Wir beschließen heute alle 41 Maßnahmen“, erläuterte SPD-Klimasprecher Dr. Andreas Richter in der Sitzung: „14 werden zu Schwerpunkten, also zwei mehr als für Schwerpunkte im Maßnahmenkatalog vorgeschlagen. Und natürlich werden die anderen Maßnahmen, soweit möglich, auch schon angegangen.“

Vieles davon haben wir ja schon gestartet wie das Förderprogramm Sanierung und Solarenergie, die Bio-Stadt oder Maßnahmen zur Verkehrswende. Mit diesem Beschluss ragen wir als Stadt Erlangen heraus. Es gibt bislang in ganz Deutschland keine Stadt, die ein solch umfassendes Paket, wie wir es alleine schon mit den jetzigen Schwerpunktmaßnahmen angehen, auf den Weg gebracht hat.“

In den nun anstehenden Haushaltsberatungen wird es darum gehen, auch die notwendigen Finanzmittel und Personalstellen für die Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen bereitzustellen: „Hier steht uns eine große Herausforderung bevor“, so Philipp Dees: „Denn wir müssen natürlich auch das soziale Gefüge in unserer Stadt und die Herausforderungen in anderen Gebieten im Blick behalten. Auch das stellt Anforderungen an den Haushalt, beispielsweise bei neu geschaffenen KiTas, bei der Umsetzung der Einführung des Bürgergelds und des erweiterten Wohngelds oder der Unterstützung der zahlreichen Einrichtungen in unserer Stadt, die von steigenden Energiepreisen betroffen sind. Das müssen wir in Einklang bringen mit unserem Ziel, so viel wie irgend möglich gegen den Klimanotstand zu tun. Und ich bin überzeugt: Das wird uns gelingen!“

Weitere Informationen:

Den Beschluss des Stadtrats finden Sie im Ratsinformationssystem, dort können Sie auch den Maßnahmenkatalog abrufen und den Empfehlungsbericht abrufen. Die Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Philipp Dees können Sie hier nachlesen, die Rede des SPD-Klimasprechers Dr. Andreas Richter hier.

DER ERLANGENPASS

PLUS IST BESCHLOSSEN!

Mit der Oktober-Sitzung hat der Stadtrat die Einführung des ErlangenPass plus beschlossen. Mit diesem wird der Kreis von Menschen, die Anspruch auf die Leistungen des ErlangenPass haben, massiv ausgeweitet: Ihn erhalten nun auch Menschen mit niedrigem Einkommen, die aber keine Sozialleistungen beziehen, sowie bestimmte Auszubildende und Studierende. Mit dem ErlangenPass plus setzt die SPD eine ihrer zentralen Ankündigungen aus dem Kommunalwahlkampf 2020 um.

Bis die ersten Erlanger*innen den ErlangenPass plus erhalten, wird es allerdings noch etwas dauern: Zum ersten Januar treten zwei große Sozialrechtsänderungen in Kraft, das neue Bürgergeld und das massiv ausgeweitete Wohngeld. Beide

ADVENTSBRUNCH MIT DER ASF

Liebe Frauen,
herzliche Einladung zum Adventsbrunch am Sonntag, den 18.12., um 10.30 Uhr in der Tanzschule Geist (Gundstraße 25, Erlangen). Die ASF ER und ERH wollen mit unseren beiden Kandidatinnen, Claudia Belzer aus Herzogenaurach für den Landtag und Sophia Waldmann aus Erlangen für den Bezirkstag, und Euch ins Gespräch kommen, diskutieren und gemeinsam den Frauenwahlkampf planen für das Jahr 2023. Und das in entspannter Atmosphäre bei einem gemütlichen Brunch von 10.30 bis 13.30 Uhr.

Für die Kinderbetreuung ist gesorgt.

Bitte meldet euch bis spätestens 15.12. verbindlich im UB Büro an.

Tel: 091318126511

Mail: Martina.haase@spd.de

sind angesichts der stark gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreise für viele Menschen existenziell. Die Stadt wird daher notwendigerweise erst dafür sorgen, dass hier alle Anträge bearbeitet und Leistungen ausgezahlt werden, bevor der ErlangenPass plus gestartet wird.

Das ändert aber nichts an der Freude der SPD-Fraktion über den Beschluss. „Schon mit dem ErlangenPass haben wir dafür gesorgt, dass viele Menschen mehr am Leben in unserer Stadt teilhaben können“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Philipp Dees: „Über 5.000 Menschen nutzen bereits diesen Pass für das Sozialticket, reduzierte Eintritte z.B. in die Schwimmbäder, Ermäßigungen bei den Leihgebühren der Stadt-

bibliothek, bei VHS-Kursen und vielem mehr.“

„Uns ist wichtig, gerade in einer Zeit, in der steigende Energie- und Lebensmittelpreise viele Menschen mit niedrigem Einkommen stark belasten, ein klares Zeichen zu setzen: Wir lassen euch nicht allein!“ ergänzt SPD-Sozialsprecher Andreas Bammes: „Denn wir wissen: Auch für Menschen, die knapp über den Grenzen der Sozialleistungs-Ansprüche verdienen, ist es schwierig, sich zum Beispiel Freizeit- oder Sportangebote zu leisten. Hier sorgen wir jetzt für mehr Teilhabe und damit für mehr Gerechtigkeit in unserer Stadt.“

Und auch SPD-Seniorensprecherin Dunja Zaouali freut sich über den

Pass: „Gerade bei älteren Menschen ist Einsamkeit ein großes Problem. Und diese Einsamkeit entsteht vor allem dann, wenn Menschen aus finanziellen Gründen verzichten müssen, an Aktivitäten in unserer Stadt teilzunehmen. Mit dem ErlangenPass plus geben wir nun vielen die Möglichkeit, aus ihrer Einsamkeit herauszukommen – ein starkes Zeichen für unsere solidarische Stadtgesellschaft!“

Weitere Informationen:

Informationen zum ErlangenPass finden Sie auf erlangenpass.de. Den Beschluss zur Ausweitung können Sie im Ratsinformationssystem nachlesen.

NACHRUF AUF UNSERE GENOSSIN RUTH SYCH

VON MONIKA FATH-KELLING

Bei meiner ersten Begegnung mit Ruth dachte ich spontan: was für eine seltene Ausstrahlung dieser Frau doch eigen war: Trotz ihres hohen Alters eine elegante, jugendliche Erscheinung. Gepaart mit -und das ist das seltene- einer überwältigenden, warmen Ausstrahlung. Sie war überzeugt davon, dass, wo immer möglich, Gerechtigkeit hergestellt werden muss. Ganz praktisch, nicht nur verbal.

Unter dem Pseudonym Emily Paul hat Ruth ein Buch mit Erinnerungen an ihre Kindheit und Jugend während und nach dem 2. Weltkrieg hinterlassen, das in der ihr eigenen Lokonie und Klarsicht von ihrer Odysse als Kind einer alleinerziehenden Mutter durch neun Schulen und Bildungseinrichtungen während der Zeit 1939 bis 1949 erzählt. Ihre Schulzeugnisse, die als Bebilderung den Band bereichern, strukturieren die Erzählungen. Nichts wird beschönigt, nichts dramatisiert, und doch greift alles direkt ans Herz. Das was Ruth an tätigem Pragmatis-

mus bis ganz ans Ende gelebt hat, durchzieht ihr Leben wie ein roter Faden. Im Elternbeirat und Förderverein des damals neu gegründeten Emmy-Noether-Gymnasium (1974-1980), im Deutschen Sozialwerk Erlangen e. V. (1990-2022), wo sie in allen möglichen (arbeitsintensiven) Funktionen, vom Schriftführer, Kassier, Kulturbeauftragte, über Öffentlichkeitsarbeit, stellvertretendem und ersten Vorstand für die Menschen gewirkt hat, denen Gerechtigkeit und Hilfe widerfahren sollte. Niemals zu eigener Selbstdarstellung.

Im Rahmen ihres tätigen Engagements in verschiedenen Alten- und Pflegeheimen gründete sie als gelernte Schneiderin (ihren Wunsch Kinderärztin zu werden, musste sie aus finanziellen Gründen nach dem Krieg aufgeben)- praktische Nähkreise. Sie hat aus diesen "Nähkreisen" Orte von vielseitigem Sozialkontakt, ja beinahe therapeutische Anlaufstellen entstehen lassen. Großes an "Kleinem" aufgehängt sozusagen. Als ab 2015 viele Flüchtlinge Unterstützung benötigten, war Ruth

auch ihnen eine verlässlich helfende Hand. 2018 erhielt Ruth die Ehrenmitgliedschaft im Deutschen Sozialwerk eV.

Für Wladimir, unsere Partnerstadt in Russland, hatte sich Ruth eine dem DSW entsprechende Struktur für bürgerliches Engagement vorgestellt. Rechtliche Gründe verhinderten die Organisation über das DSW. In dieser Situation sagte Ruth nicht einfach nur "Schade", sondern erreichte ihr Ziel über eine Privatinitiative!

2010 trat sie der SPD bei und -tätige Hilfe auch hier- unterstützte sie die AG60+ unseres Kreisverbands bis 2017 im Amt der Schriftführerin.

Für ihr weit über das allgemein übliche Maß hinausgehende langjährige Engagement zeichnete sie im Sommer 2022 der Bayerische Ministerpräsident mit dem "Ehrenzeichen für im Ehrenamt tätige Frauen und Männer" aus.

Diese unerwartete Anerkennung ihres lebenslangen sozialen Engagements -kurz vor ihrem Tod- hat Ruth sehr gefreut.



VERANSTALTUNG NATASCHA STROBL

VON SANDRA RADUE

Ganz kurzfristig hatten wir das Glück, Natascha Strobl am 9. November für einen Vortrag in Erlangen zu gewinnen. Die Politikwissenschaftlerin aus Wien erforscht in ihrem neuen Buch „Radikalisierter Konservatismus“ (erschienen im Suhrkamp Verlag), wie sich die konservativen Parteien ÖVP in Österreich und Teile der Republikaner in den USA radikalisieren. Zudem zieht sie Parallelen zu

anderen konservativen Parteien in Europa. Gemeinsam ist diesem Phänomen die klare Fokussierung der Partei auf eine Führungsperson, die stark polarisiert und oft bestehende Tabus bricht. Dabei wird auch vor bewusster Falschinformation nicht zurückgeschreckt. Anders als bisherige Konservative, setzen Politiker wie Kurz und Trump auf eine radikale Veränderung der Gesellschaft und starken Nationalismus. Dabei wird oft ein antidemokratischer Staats-

umbau angestrebt.

Durch ihre klare Sprache und die vielen anschaulichen Beispiele zog Natascha Strobl die zahlreichen Zuhörer*innen in ihren Bann. Die angeregte Diskussion im Anschluss zeigte, dass Rechtspopulismus und Rechtsextremismus 88 Jahre nach der „Reichsprogromnacht“ nach wie vor eine große Gefahr für unsere Demokratie sind.

Informationen:

www.natsanalysen.de

TOLERANZ – EIN GRUNDPFEILER DER DEMOKRATIE

VON WILHELM HORN

Die Demokratie lebt von der Wertschätzung jedes einzelnen Menschen und der darin resultierenden Vielfalt menschlichen Lebens. Beim Rechts- und Linksextremismus sowie beim Islamismus ist die Intoleranz meist Grundlage der Ideologie, sie wollen den Menschen nach ihren Vorstellungen formen.

Aber auch in unserer demokratischen Gesellschaft ist Intoleranz immer noch weit verbreitet.

Die momentane Coronapandemie ist ein sehr aktuelles Beispiel. Was mich hier erstaunt hat, Soziologen haben festgestellt: die Intoleranz der Geimpften gegenüber den Impfgegnern ist größer als umgekehrt.

Es nahen in Bayern Wahlkampfzeiten. Wobei man fragen muss, ist Kampf überhaupt der richtige Ausdruck. Adolf Most hat vor vielen Jahren mal darauf hingewiesen, es sollte Wahlwerbung heißen. Recht hat er! Im Geschäftsleben ist es verpönt den Mitbewerber schlecht zu machen, sondern man hebt vor allem seine eigenen Leistungen hervor. Der Ausdruck Wahlkampf verführt bereits zu Intoleranz. Ich kann mich an gute und spannende politische Diskussionen mit einem gebildeten und sozial eingestellten AfD-Sympathisanten erinnern.

Die momentanen Unruhen im Iran zeigen, dass sich Menschen, in diesem Fall sind es vor allem junge Frauen, sich der Intoleranz der Kleri-

ker nicht länger fügen wollen.

Auch die Entwicklung der christlichen Kirche ist von Intoleranz geprägt. Galilei musste seine Wahrheit widerrufen. Der 30-jährige Krieg, die größte Katastrophe der europäischen Geschichte entsprang der Intoleranz zweier christlichen Gemeinschaften. Aber damals gab es noch keine Demokratie. Vieles ist hier besser geworden. Fr. Käsmann ist eine Kämpferin für Toleranz. Was mir aber beim Gottesdienst im Bierzelt 2019 aufgestoßen ist, bei dem ein Gebet schriftlich verteilt wurde, dessen Schlusssatz lautete „Ungläubige werden zu Boden gestoßen“ passt nicht mehr in die Zeit und ist geprägt von Intoleranz oder sogar Menschenverachtung.



Liebe Genossinnen und Genossen,

das hört man seit Mitte Oktober, wenn man in der Kreisgeschäftsstelle anruft. Es freut und ehrt mich sehr, dass der Kreisvorstand mir sein Vertrauen geschenkt hat und ich in die großen Fußstapfen, die unser Wonnie in der Kreisgeschäftsstelle hinterlassen hat, treten darf.

Einige von euch kennen mich vielleicht schon von den Jusos oder aus dem Distrikt Innenstadt, dennoch möchte ich mich an dieser Stelle einmal kurz vorstellen. Mein Name ist Fynn Geifes, und auch wenn ich nicht in Erlangen geboren bin, lebe ich doch schon mein ganzes, immerhin bald zwanzigjähriges, Leben in unserer schönen Stadt. Die Schule habe ich am Fridericianum besucht, und obwohl mein Altgriechisch mittlerweile etwas eingerostet ist, würde ich doch behaupten, erst über die Schule zur Politik gekommen zu sein. 2018 wurde ich erstmals ins Jugendparlament der Stadt gewählt und war dort zwei Jahre lang als Pressebeauftragter tätig. Nach meiner Wiederwahl 2020 durfte ich das JuPa auch als stellvertretender Vorsitzender vertreten. Dass ich einer Partei beitreten wollte, wurde mir schon in meiner ersten Amtszeit klar, doch ich will auch keinen Hehl

darum machen, dass nicht sofort wusste, in welche. Dass es letztlich im September 2019 die SPD geworden ist, lag neben den Grundwerten von Freiheit, Gleichheit und Solidarität, mit denen ich mich gut identifizieren konnte, vor Allem an den Jusos, bei denen ich eine tolle Gemeinschaft vorfand, und der erfolgreichen Kommunalpolitik. Bereut habe ich es keine Sekunde. Seitdem bin ich aktiv, hauptsächlich bei den Jusos, die mich auch zu einem ihrer Stellvertreter:innen gewählt haben, aber auch bei meinem Heimat-Distrikt, der Innenstadt schaue ich gerne vorbei. Im „zivilen“ Leben habe ich nach meinem Abitur ein Freiwilliges Soziales Jahr an der Weisendorfer Grundschule abgeleistet und studiere jetzt Lehramt, allerdings für Gymnasien, mit den spannenden Fächern Latein und evangelische Theologie an der FAU.

Ich freue mich auf die anstehende Arbeit und auch den Wahlkampf zur Landtags- und Bezirkstagswahl 2023 mit euch allen. Wenn ihr noch Fragen habt, erreicht ihr mich im Kreisbüro montags von 17:00-19:00 Uhr und donnerstags, sowie freitags, jeweils von 9:00-12:00 Uhr oder natürlich jederzeit per Mail.

Freundschaft! Euer Fynn

„DOPPELT HÄLT BESSER“,

wird man sich gedacht haben, als man für die Stelle als Kreisgeschäftsführer:in noch eine zweite Person neben Fynn gesucht hat. Dementsprechend freue ich mich sehr, ab sofort für die Dauer des kommenden Landtagswahlkampfes für das „Co-“ vor dem Kreisgeschäftsführer verantwortlich zu sein. Nachdem mich aller Wahrscheinlichkeit nach nur eine Hand voll Genoss:innen kennen, möchte ich mich Euch im Folgenden kurz vorstellen:

Mein Name ist Martin Prokopek, ich bin 28 Jahre alt und in den letzten Zügen meines Studiums der Rechtswissenschaften an der FAU. Ursprünglich aus Nürnberg bin ich seit meiner Gymnasialzeit am MTG ortsansässig und weiß Erlangen trotz gelegentlichen Meckerns meinerseits über die sich nicht schnell und groß genug anfühlende Stadt sehr als meine Heimat zu schätzen. Über die Semester meines Studiums hinweg habe ich mich neben dem Pflichtstoff schwerpunktmäßig mit dem Völkerrecht und Völkerstrafrecht beschäftigt und durfte dementsprechend an den einschlägigen Lehrstühlen von Prof. Dr. Markus Krajewski und Prof. Dr. Christoph Safferling arbeiten.

Ein Kontext, über den ich womöglich ein Begriff sein könnte, ist ein musikalischer. Als Sänger und Gitarrist hatte ich das Vergnügen, regelmäßig auf dem Annafest sowie auf einigen Kerwas und Hochzeiten im Umland zu spielen. Nachdem mit dem Schechtners Zelt der Bezugspunkt meiner Band „Stranger“ (damals noch unter dem Namen „Six to Real“) zur Erlanger Bergkirchweih weggebrochen ist, versuchen wir grade, einen Draht zu den anderen Kellern herzustellen. Sollte das nichts werden, hau ich für euch gerne beizeiten wieder in die Saiten, so wie ich es bereits auf dem SPD-Sommerfest 2021 tun durfte.

Zu guter Letzt kann man mich jedoch aus dem Juso-Kontext kennen. Von Kevin Kühnerts „No GroKo“-Kampagne angefixt bin ich nach der Bundestagswahl 2017 in die SPD ein- und damit automatisch auch den Jusos beigetreten. Nach einer Phase des sich Einfindens bin ich dieses Jahr zum zweiten Mal Mitglied des hiesigen Juso-Vorstandes geworden und darf mich dort mit den Themen Europa, Klima und Umwelt, Drogenpolitik, Antifaschismus und Demokratie beschäftigen. Mein bisheriges Highlight hierbei war es, Ende Oktober den Juso Bundeskongress in Oberhausen besucht zu haben und zu sehen, wie außerhalb des

geschützten Rahmens bei uns Erlanger Jusos politisch gerungen wird. Der Gedanke, meine Nase weiterhin in solche Angelegenheiten stecken zu dürfen, motiviert mich, für die Jusos und jetzt auch aktiv für die SPD Gas zu geben und Euch sowohl vor als auch während des Wahlkampfes zu unterstützen. Ihr erreicht mich auf absehbare Zeit Dienstags und Mittwochs von 10-12 Uhr im Kreisbüro sowie selbstverständlich ebenso durchgehend per Mail.

In diesem Sinne: Auf gute Zusammenarbeit und Glück auf!
Euer Martin

ÜBERRASCHENDE WENDUNG IM BAYERISCHEN LANDTAG: FRAKTIONSÜBERGREIFENDE MEHRHEIT FÜR SOZIALDEMOKRATISCHE INITIATIVE ZUR SOLIDARISIERUNG MIT DEN PROTESTIERENDEN IM IRAN

VON ALEXANDRA HIERSEMANN

Die derzeitigen Entwicklungen im Iran sind alarmierend und zutiefst erschreckend. Jina (Mahsa) Amini ist in Teheran im Polizeigewahrsam verstorben, nachdem sie von der Sittenpolizei festgenommen wurde. Grund der Festnahme: Sie habe ihr Kopftuch nicht gemäß den Vorschriften getragen. Der Tod der jungen Iranerin löste vor Ort weitreichende Proteste und Kundgebungen für die Stärkung von Frauen- und Menschenrechten aus. Die menschenrechtliche Lage im Iran ist dabei verheerend, die Protestierenden riskieren vielfach ihr Leben im Widerstand gegen die Mullah-Diktatur.

Die SPD-Landtagsfraktion hat daher einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag (Drs. 18/24402) als Solidaritätsnote in den Bayerischen Landtag eingebracht. Darin heißt es konkret: Der Landtag solidarisiert sich mit den Protesten, die im Iran und weltweit zum Gedenken an die Kurdin Jina (Mahsa) Amini erfolgen und verurteilt die Gewalt gegen die Zivilgesellschaft. Darüber hinaus begrüßt der Landtag ausdrücklich die Initiative der Bundesregierung, sich bei der EU für Sanktionen gegen die Verantwortlichen der Gewalttaten auszusprechen. Für uns als SPD-Fraktion war klar, dass wir uns eindeutig an die Seite der protestierenden Menschen stellen müssen, die gegen die staatliche Unterdrückung

von Frauen und gegen legitimierte Femizide im Iran demonstrieren.

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht bei diesem Antrag nicht um parteipolitisches Wahlkampfgeplänkel. Es geht um nichts weniger als um die Unterstützung der unfassbar mutigen Menschen im Iran, die dem Frieden und einer demokratischen Entwicklung im Iran und der dortigen Region und damit der Welt dienen soll.“

Alexandra Hiersemann, Plenarrede vom 12.10.2022

Gleich zu Beginn der Beratung im Plenum stellten wir dabei klar, dass dieser Initiative keine parteipolitischen Spielchen entgegenstehen sollten. Bei den demokratischen Fraktionen des Hohen Hauses zeichnete sich nach anfänglicher Ablehnung dennoch ein Konsens zur Solidarisierung mit den protestierenden Menschen im Iran ab.

Leider wurde die Debatte jedoch von Diskussionen um die ebenfalls im Antrag enthaltene Forderung nach einem Abschiebestopp gem. § 60a Abs. 1 Satz 1 Aufenthaltsgesetz dominiert. Die Redner:innen der CSU und Freien Wähler nutzten ihre Redezeit dabei, um gegen einen solchen Abschiebestopp zu argumentieren. Während diese rigide Positionierung im Kern nicht überraschend ist, ist sie in diesem besonderen Kontext doch kurios: Denn zeitgleich mit der Einlegung des Antrags hatte der bayerische Innenminister presseöffentlich verkündet, dass Bayern Abschiebungen in den Iran – mit Ausnahme von schwe-

ren Straftäter:innen – aussetzt. Die einzig folgerichtige und wichtige Entscheidung, die wir natürlich ausdrücklich begrüßen!

Ungeachtet der massiven Menschenrechtsverletzungen im Iran hatte Bayern noch bis vor Kurzem dorthin abgeschoben. Der Fall des zum Christentum konvertierten, gut integrierten und arbeitswilligen Reza R., dessen Abschiebung in letzter Minute gestoppt werden konnte, hat dies eindrücklich veranschaulicht. Mit seiner Zusage, Abschiebungen in den Iran vorerst auszusetzen, folgt der Innenminister dem Beispiel einiger – auch unionsgeführter – Bundesländer, die diesen Schritt bereits frühzeitig gegangen sind. Auch wenn sich für die formale Festschreibung dieser Verkündung im Landtag keine Mehrheit fand, gehen wir – im Vertrauen auf die Worte des Innenministers – davon aus, dass aus bayerischer Zuständigkeit derzeit nicht mehr in den Iran abgeschoben wird.

Zum Ende der Debatte bot sich dann

letztlich ein seltenes und merkwürdiges Bild. Während Staatssekretär Kirchner (CSU) als letzter Redner der Debatte weiterhin Ablehnung begründete, einigten sich die demokratischen Fraktionen zeitgleich untereinander auf Zustimmung für die Solidarisierungsresolution des Antrags. Damit setzt der Bayerische Landtag ein wichtiges Zeichen und erklärt über Fraktionsgrenzen hinweg seine Solidarität und Unterstützung für die protestierenden Menschen im Iran und weltweit.

„Springen Sie über Ihren Schatten! Stimmen Sie diesem, unserem tatsächlich friedlichen Antrag zu, und lassen Sie uns gemeinsam eine derartige Resolution [...] beschließen!“

Alexandra Hiersemann, Plenarde vom 12.10.2022

ANGENOMMEN....

1) Angenommen, es gäbe eine Wunderwaffe...

- Anwender dieser Wunderwaffe brauchen nicht vor Ort zu intervenieren, sich gar die Finger schmutzig machen, geschweige denn Särge nach Hause holen.
- Trotzdem tötet diese Waffe zuverlässig, fügt dem Feind größte Verluste zu, vernichtet die feindliche Gesellschaft gründlich.
- Materielle Kulturgüter werden dabei geschont, auch vorhandene Versorgungseinrichtungen erhalten sich für Nachfolgende.



- Die Opfer lassen sich der Nutzung dieser Waffe nicht auf den

ersten Blick, und selten eindeutig zuordnen. Sie sterben still und langsam, nicht alle auf einmal, nach dem Zufallsprinzip und vor allem:

- Unblutig. Also kein Gemetzel, an dessen Ende Massengräber ausgehoben werden, oder Hilfsorganisationen die blutigen Reste zusammenklauben müssen.
- Die Opfer entsorgen sich gemäß ihrer Traditionen selbstständig, quasi im Alleingang.
- Diese Waffe steht, trotz des ihr inhärenten Zufallsprinzips bei den Opfern, ihren Anwendern präzise gesteuert, zeitpunktgenau und sogar ohne Herstellungskosten global zur Verfügung.
- Der mit dieser Waffe niedergeworfene feindliche Staat existiert nicht mehr in seiner ursprünglichen

Form, allenfalls als "leere Hülle".

- Nach einer gewissen Einwirkungszeit, abhängig von der Dosierung dieser Wunderwaffe, kann der Anwender dieser Waffe relativ unproblematisch seine Provision kassieren. In Form von Rohstoffausbeutung und/oder wirtschaftlichen Vorteilen bei einem evtl. gewünschten Wiederaufbau der ehemaligen Feindstaathülle.

- Die eigenen Bevölkerungen der Anwender führen derweil ungefährdet und sicher das eigene Leben und Wirtschaften, meist sogar mit monetärem Gewinn, weiter.

- Diese Wunderwaffe läuft weitgehend unter dem Aufmerksamkeits-Radar der medialen Weltöffentlichkeit, sie gilt weithin als "legitimes, politisches Mittel" das blutige -und für den Anwender teure- Kriege herkömmlicher Art komplett ersetzen kann, sie zumindest flankiert.

2) ...schlimmer als während des Krieges!

- Kirchliche Hilfsorganisationen mahnen in Syrien sei die Lage für die Bevölkerung "schlimmer als während des Krieges", was den Alltag der Menschen angeht, so man einen nackten Überlebenskampf der verbliebenen Menschen "Alltag" nennen mag.

- Weit reicht ihr Hilferuf in den westlichen Medien nicht, weil er deutliche Kritik am Einsatz dieser Massenvernichtungswaffe übt.

- Im 11.Kriegsjahr sind immer noch islamische Milizen militärisch aktiv, wird immer noch gekämpft, gegen Islamisten und ums tägliche Überleben. Strom gibt es 1-2 Stunden täglich, die Wasserversorgung ist vielerorts unterbrochen, Löhne für Leute die überhaupt noch Arbeit haben belaufen sich im Schnitt auf 30 € im Monat, allein für die Miete sind 40-80 € fällig, die massenhafte Auswanderung der Bevölkerung dauert an. Die inhumane Waffe trifft das einfache Volk schwer, es leidet grausam. Es gibt wenig bis nichts zu essen, so gut wie keine Gesundheitsversorgung oder Medikamente, was man bekommen kann, ist sehr teuer, also nur für ganz Wenige.

- Schwester Annie vom Orden

der "Schwestern Jesu und Mariens" redet auf ihrer Betteltour durch Deutschland an die mediale Wand wenn sie mahnt, die kleinen Leute von hier sollen "die humanitäre Not anerkennen" und spenden, um die Folgen zu mildern, welche die -auch von unserer Regierung mitgetragene- Anwendung der Wunderwaffe anrichtet.

- In Syrien wird gerade ein Land, reich an Weizen, Oliven, Öl und Gas fast vollständig seiner Ressourcen beraubt, ein Land mit jahrtausendealter Geschichte und Kultur kann seine verbliebenen Kinder nicht geregelt zur Schule schicken.

- Pater Francesco Patton spricht von einer Globalisierung des Hasses und einer Globalisierung von Lügen, unterstützt durch unterschiedlich verkleidete Wirtschafts- und Machtmotivationen.

- UN-Experten schätzen, dass sich die Lage der syrischen Bevölkerung durch den Krieg in der Ukraine zusätzlich verschlechtern wird.

3.) Fazit

Syrien ist derzeit nur eines von mehreren Ländern weltweit, deren Regierung mit dem Einsatz dieser Waffe für Unbotmäßigkeit gegenüber den "Machtmotivationen" der Anwender bestraft und somit entkernt werden soll.

Blutiges, industriell durchorganisiertes Töten einer fest umrissenen Opfergruppe zu relativieren oder gar zu leugnen, steht bei uns zu recht unter Strafe.

Unblutiges, bürokratisiertes Töten zur Durchsetzung weltanschaulicher Vorstellungen mit einer Massenvernichtungswaffe, wird, als "humanitäre Vermeidung eines blutigen Konflikts", auch bei uns von vielen Menschen mit und ohne Regierungsverantwortung als legitimes Mittel zur Interessendurchsetzung gut geheißten und mit der klaren Ansage (!) die Lebensgrundlagen von vielen Millionen Menschen ruinieren zu wollen, gebilligt, sowie gegen den erklärten Willen eines großen Teils der eigenen Bevölkerung durchgesetzt.

Wenn eine Kernaussage feministi-

scher Außenpolitik lautet: "die Sicherheit von Menschen und nicht die Sicherheit von Staaten" müssen im Zentrum der Außenpolitik stehen, dann sollten die Vertreter *innen dieser feministischen Außenpolitik die Ersten sein, die diese inhumane Massenvernichtungswaffe (genau so bezeichnete die UN sie nämlich schon in Veröffentlichungen aus 2010 zum Irakkrieg) ächten und ihr Verbot vorantreiben.

Obwohl sich niemand den weißen Kragen oder die Finger schmutzig macht, existentiell strangulierende Wirtschafts-Sanktionen sind inhumane Massenvernichtungswaffen. Den Opfern kann es egal sein, ob sie sofort und blutig oder langsam und unblutig getötet werden: Ihnen fehlt am Ende das Leben.

FAHRRADWEGEN

VON GERHARD CARL

Die spanische Mittelmeermetropole Valencia wurde vergangene Woche zur europäischen grünen Stadt des Jahres gekürt.

Valencia hat in den letzten Jahren seinen innerstädtischen Verkehr radikal neu organisiert und ein Rahmenkonzept zur Förderung und Stärkung von Fußgängerzonen, mehr Radwegen und einem dichteren ÖPNV-Netz umgesetzt. Die Altstadt wurde zur Fußgängerzone erklärt, in der nur Anwohner, Busse und Taxis – im Schrittempo – fahren dürfen.

Valencia ist auch diejenige spanische Stadt, in der die Luftverschmutzung in den letzten Jahren am stärksten zurückgegangen ist.

Der Schlüssel zum Erfolg ist die Existenz eines Gesamtplans für eine flächendeckende Infrastruktur gleichbleibender Qualität. Die Stadt verfolgt seit 2015 ein ganzheitliches Projekt und keine Sammlung von Einzelmaßnahmen. Viele bestehende Radwege wurden abgesenkt beziehungsweise auf die Fahrbahn verlegt, um Platz für Fußgänger zu schaffen. Es sei wichtig, bereits zu Beginn einer Legislaturperiode einen fertigen Plan in der Schublade zu haben, der es erlaube, gleich loszulegen. Denn in den ersten Jahren komme es immer zu Widerständen, Kontroversen und Unannehmlichkeiten durch Baumaßnahmen. Am Ende der Wahlperiode könnten dann die Früchte geerntet werden, wenn sich die Maßnahmen etabliert hätten und funktionierten.

In Erlangen gibt es einen jahrzehntelangen Vorlauf mit einem Grundstock bestehender Infrastrukturen. Doch wird oft schrittweise verbessert und erweitert, was zu einem Flickenteppich unterschiedlichster Typen und Qualitäten führt. Oft werden Fahrradwege auch da platziert, wo sie den Autoverkehr am wenigsten stören, und nicht dort, wo sie am dringendsten benötigt werden. In Valencia ist in wenigen Jahren ein

relativ lückenloses, schlüssig aufgebautes Netz an Radwegen aufgebaut worden. Erfolgreich sind Maßnahmen, wenn sie dem Auto Platz, Geschwindigkeit und Privilegien nehmen. Der Einzelhandel fürchtet überall auf der Welt (auch in Erlangen) Umsatzeinbußen als Folge von Einschränkungen für den privaten Autoverkehr. Wie anderswo hatten die Händler auch in Valencia zunächst gegen die Räumung der Autos protestiert. Und immer wieder, so auch in Valencia, erweisen sich diese als unbegründet. Das Pro-

blem beim Einzelhandel in der Altstadt seien eher die vielen großen Einkaufszentren im Umland und in besonders in Erlangen die Arcaden. Die Innenstadt in Valencia wurde zu einem sehr attraktiven Ort zum Verweilen und Einkaufen gemacht. Eine Verlagerung des Autoverkehrs auf benachbarte und Nebenstraßen – eine weitere häufig geäußerte Befürchtung – fand auch in Valencia nicht statt.

Eine Studie kommt zu dem Schluss, dass der Verkehr nicht auf nahe gelegene Alternativstraßen umgeleitet



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

.....
Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr
im E-Werk an der Fuchsenwiese,
Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....
Jeden ersten Montag im Monat
von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune,
Odenwaldallee 2

.....
Jeden ersten Donnerstag im Monat
von 17.00 - 19.00 Uhr im
Begegnungszentrum Fröbelstr. 6,
Stadtteil Bruck

.....
Während des Semesters jeden
Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr
im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....
Ansonsten nach telefonischer
Vereinbarung, Tel.: 43226
(Montag bis Freitag von
9.00 - 12.00 Uhr)

wurde und dass zwei erwünschte Effekte eintreten könnten: die Reduzierung unnötiger Fahrten [mit dem privaten PKW] und der Wechsel von diesen hin zu nachhaltigen Verkehrsträgern. Farbmarkierungen auf Autostraßen allein, bei uns gerne als „Schutzstreifen“ bezeichnet, verdienten es nicht, als Fahrradinfrastrukturen bezeichnet zu werden. Valentias neue Radwege sind

hingegen meist separate Flächen zu Lasten der Autospuren. Als Folge nahmen Unfälle mit Personenschäden signifikant ab.

Wichtige Faktoren spielen in Valencia also eine Rolle: Die Bewegungsdynamik rund um die Städte des Wandels und vor allem ein Gesamtplan für ein vollständiges Fahrradwegenetz und eine langfristige Vision für die Umsetzung. Bei der

fortlaufenden und längerfristigen Radverkehrsplanung in Erlangen würde es nicht schaden, mal über den Tellerrand nach Valencia zu schauen.

(Quelle: Onlinejournal Internationale Politik und Gesellschaft (IPG) der Friedrich-Ebert-Stiftung, Ausgabe 11.11.2022)

Gerhard Carl

MICHAEL-POESCHKE-GESELLSCHAFT E.V.
FRIEDRICH-LIST-STR. 5, 91054 ERLANGEN, TEL. 09131/812655
BANKVERBINDUNG; RAIFFEISEN-VOLKSBANK ERLANGEN-HÖCHSTADT
IBAN: DE76 7636 0033 0000 0211 13 BIC: GENODEF1ER1

Für den Monatsspiegel

Energetische Sanierung des August-Bebel-Hauses

Das Haus aus dem Jahr 1894 und von der SPD 1976 erworben, ist derzeit in einem sehr schlechten energetischen Zustand. Die Sanierung des Hauses 1976 -78 ist nun auch schon eine Weile her und seitdem wurde kam etwas investiert, da die finanziellen Möglichkeiten fehlten.

Klimaschutz und Energiepreise fordern unverzügliches Handeln.

Ein Energieberater hat nun im Frühjahr dieses Jahres einen Energiefahrplan für die energetische Sanierung unseres SPD-Hauses erstellt.

Die Mitgliederversammlung der MPG hat im September diesem Plan zugestimmt und der Vorstand ist nun gefordert, für die Umsetzung zu sorgen.

- **Mit großer Wahrscheinlichkeit wird noch in diesem Jahr das Dach isoliert.**
- **Neue Fenster und die Eingangstür sind bestellt und werden Anfang des nächsten Jahres ausgetauscht.**
- **Die Westseite des Hauses wird gedämmt (die Ost- und Nordseite ist aus Sandstein, den wir nicht verdecken wollen.)**
- **Die Gasheizung wird ausgetauscht. Dafür werden die vorherigen Maßnahmen ausgewertet, damit wir die neue Anlage richtig dimensionieren. Aus heutiger Sicht bietet sich eine Fernwärmeversorgung an, die direkt vor dem Haus liegt.**
- **Ob die Kellerdecke der Lagerräume gedämmt wird, muss noch aus finanziellen und energetischen Betrachtungen geklärt werden.**

Die gesamte Maßnahme wird vom Bund mit ca 25-30% bezuschusst. Die restliche Investitionssumme (ca 250 000€) wird über ein Darlehen finanziert.

Das Haus wird danach auf jeden Fall wesentlich weniger Energie verbrauchen und so den Zielen des Klimaschutzes näher kommen und auch die Nebenkosten unserer Mieter nicht so stark ansteigen lassen.

Wir bitten hier schon mal unsere Mieter um Verständnis, da es an einigen Tagen zu Baulärm und Dreck kommen wird.

Wolfgang Peter
Vorstand



DISTRIKT INNENSTADT

Vorsitzende

Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Protokoll der Sitzung vom 15.11.2022 um 20 Uhr, im Nebenraum der Kullisse.

Nach ein paar Schreckminuten, in denen ich dachte, ich müsste unverrichteter Dinge wieder nach Hause gehen, kamen das halbe Dutzend Teilnehmer dann doch, sodass die Sitzung zwar ct (cum tempore) dafür dann aber mit viel Elan beginnen konnte.

top 1

nocheinmal erläuternde Darstellung der zu beschließenden Satzungsänderung, die für die KVM am 17.11. vorgesehen ist. Der Kreisverband Erlangen Stadt ist der Ortsverein. Schon immer sind die Distrikte Untergliederungen dieses Ortsvereins gewesen, die Distriktskonten waren schon immer Unterkassen des Kreisverbands. Wegen der exorbitant gestiegenen Kontoführungsgebühren werden die Distriktskonten aufgelöst, die einzelnen Distrikte werden künftig ein „Budget“ in der Kreisverbandskasse erhalten, über das sie verfügen können.

top 2

Die vom Erlanger Bündnis für den Frieden geplante Vortragsveranstaltung mit Reiner Braun am 8.12 im Familienzentrum in der Bismarckstr. 19.

Wir finden es wichtig, dass das Bündnis sich nicht auseinanderdividieren lässt und hoffen, dass sich die Wellen wieder legen, die durch eine „Einordnung“ des Referenten als „rechts offen“ zu Verwirrung und Unzufriedenheit geführt haben. Rei-

ner Braun ist seit Jahrzehnten ein integrierter, mutiger und sehr geschätzter Kämpfer für die Friedensbewegung, einen solchen Anwurf auf seine Person verstehen wir nicht. Hem berichtet, dass das Bündnis sich jedoch trotz allem nun auf die Durchführung des Vortrags wie geplant, konzentriert. In der Diskussion befremdet uns der Begriff „rechts offen“. Gibt es dann auch „verdeckt links“ oder ähnliche Zuschreibungen? „Offen rechts“ jedoch ist ganz sicher etwas anderes, denn da bliebe kein Zweifel mehr. Aber dieses Spiel mit den Worten und Assoziationen bildet die Infamie eines solchen Anwurfs.

top3

Monika berichtet kurz von den Vorbereitungen der kommenden Sitzung des Stadtteilbeirats Innenstadt und die eingegangenen Zuschussanträge aus dem Klimabudget, die der Beirat sichten, bewerten und verteilen muss.

top4

wir suchen Themen von Interesse für kommende Sitzungen. Wir finden:

Verschiedene Möglichkeiten einer anstehenden Wahlrechtsreform. Schon beim Andiskutieren stellt sich dieses Thema als spannendes „weites Feld“ dar. Wir wollen dieses Themenfeld vorbereiten und evtl. einer offene Veranstaltung dazu organisieren.

Die Wirkung von Institutionen und ihren institutionellen Regeln z.B. auf die Karrieren von Frauen bzw. Männern in Politik und Wirtschaft. Auch

dieses Thema hat beim Andiskutieren Potential gezeigt. Presse und Öffentlichkeit, die Darstellung von Politik unter neuen Vorzeichen. Dieses Thema böte sich ebenfalls an, nicht nur intern im stillen Kämmerlein besprochen zu werden.

Termine
Wir wollen uns per Mail über Art und Umfang unserer Jahresabschluss-Sitzung im Dezember austauschen. Dienstag, 13.12. ist angepeilt, bitte fragt zur Sicherheit nach, ob der Termin hält.
Protokoll: Monika Fath-Kelling

DISTRIKT OST

Vorsitzender

Felix Klingert
felix.klingert@gmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser Jahresausklang findet

am 6.12.22 um 19 Uhr in der Thalmühle

statt.
Es wäre schön, Euch im Dezember diesen Jahres nochmal zu sehen. Auch im kommenden Jahr werden wieder viele interessante Ereignisse und unter anderem die Bezirks- und Landtagswahl auf uns zukommen. Lasst uns daher nochmal in Ruhe zusammen sitzen und auf das alte Jahr anstoßen.

Um besser Planen zu können, möchten wir euch um Rückmeldung bitten: Bitte schreibt an
felix.klingert@gmail.com
ob und mit wie vielen Personen ihr

teilnehmt. Gerne könnt ihr eure Partner:innen mitbringen.

Erster Termin 2023:
- 17. Januar um 19 Uhr: Distriktsitzung

Bei Fragen oder Rückmeldungen könnt ihr euch gerne melden: schaefer-erlangen@web.de und felix.klingert@gmail.com.

Solidarische Grüße,
Silvia und Felix.

PS.: Wir bitten zu beachten, dass die Thalmühle keine Parkplätze hat (Thalmühle 1, 91054 Erlangen). Der nächste Parkplatz hinter dem Bahnhof ist aber nicht weit oder die Busse gehen vom Bahnhof auch regelmässig.

DISTRIKT WEST

Vorsitzende

Katrin Hurler
Felizitas Traub-Eichhorn
katrin9290@googlemail.com
felizitas.traub-eichhorn@fen-net.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
Wir laden euch herzlich ein zu unserer Weihnachtsfeier am

Mittwoch, den 14.12. ab 19 Uhr im Irodion, Damaschkestraße 59 in Alterlangen.

Unsere nächste reguläre Distriktsitzung im neuen Jahr findet am Mittwoch, den 18.01. um 20 Uhr im Güthlein (Dorfstraße 14, Büchenbach) statt. Valeria Fischer, Sprecherin für Kultur in der SPD-Stadtratsfraktion, wird uns berichten, was sie in ihrer Zeit im Stadtrat seit 2020 im Kulturbereich bewegen konnte und was sie für den Haushalt 2023 beantragt hat. Natürlich steht sie auch gerne für Fragen zum Kulturbereich zur Verfügung.
Wir freuen uns bei beiden Veranstaltungen über zahlreiche Teilnahme!

Solidarische Grüße,
Katrin Hurler
Auf unserer Oktober-Distriktsitzung gaben Erich Mondon und Winfried Stein interessante und unterhaltsame Einblicke in die Planerwerkstatt für Büchenbach – Nord, an der beide beruflich beteiligt waren. Sie schilderten die Situation beginnend im Jahr 1978. Um das Wohnen in der Stadt im Vergleich zum Umland attraktiv zu machen, sollten in Büchenbach ansprechende Reihenhäuser entstehen. Dabei wurde eine „umweltgerechte Planung“ mit Verkehrsberuhigung, Begrünung und Verdichtung angestrebt. Der realisierte Wettbewerbsentwurf sah für den Autoverkehr lediglich Stichstraßen in die einzelnen Quartiere vor, dafür jedoch gute Fußwegverbindungen.

Eine neue Satzung zum besonderen Bodenrecht ermöglichte es der Stadt, Grundstücke zu limitierten Preisen zu kaufen, welche von der vorherigen Nutzung des Grundstücks abhängig waren. Bezeichnenderweise war die FDP gegen dieses Bodenrecht – leistungslose Gewinne durch den Verkauf von Grund und Boden sind für die Partei, die sonst Wert auf Leistung legt, offensichtlich kein Problem. Anschließend verkaufte die Stadt das Grundstück an Bauwillige, die Differenz der Preise (Planungsgewinn) diente der Finanzierung der Infrastruktur. Es bestand eine Baupflicht, die Vergabe des Wohnrechts erfolgte nach sozialen Kriterien. Derartige städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen mit vergleichsweise niedrigen Bodenpreisen haben den Vorteil, dass energetische Standards leichter im Kaufvertrag festgeschrieben werden können. Es ergab sich eine rege Diskussion

zu aktuellen Fragen wie der Infrastruktur für E-Mobilität, Energieversorgung oder die Frage, wie eine nachträgliche Verkehrsberuhigung in bereits bestehenden Gebieten realisierbar ist.

Im Anschluss berichtete Stadtrat Philipp Dees aus der Fraktion: Aufgrund der angespannten Haushaltslage durch gestiegene Ausgaben soll im nächsten Jahr kein weiteres Infrastrukturprojekt begonnen werden – mit Ausnahme des bereits lange erwarteten Stadtteilhauses Büchenbach. Beim Klima-Aufbruch sollen die Maßnahmen mit den größten Effekten priorisiert werden (z.B. Gebäudesanierung), da eine Umsetzung des gesamten Maßnahmenkatalogs nicht realisierbar ist. Bauauflagen wie Photovoltaik-Anlagen für Neubauten sind für die Stadt leider sehr kompliziert – einfacher wäre es über Landesrecht, was unter Söder aber derzeit nicht passiert.

DISTRIKT TENNENLOHE

Vorsitzender

Rolf Schowalter

RolfSchowalter@t-online.de

Protokoll der Distriktversammlung vom 09.11.2022 in Tennenlohe

TOP 1: Aktuelles:

Die Bürgerversammlung in Tennenlohe steht bevor. Fragen konnten vorab eingereicht werden. Der Vorsitzende bittet um zahlreiche Teilnahme.

TOP 2: Satzungsänderung Kreisverband Erlangen-Stadt

Ab dem neuem Jahr soll die Finanzhoheit beim Kreisverband liegen. Der Vorsitzende verteilt den Satzungstext mit hervorgehobenen Änderungen. Die Anwesenden beschließen die Änderung einstimmig.

Die zukünftige Handhabung des Tennenloher Boten muss noch geklärt werden.

TOP 3: Einquartierung afghanischer Ortskräfte

Die Mitglieder, die an der vergangenen Infoveranstaltung teilgenommen haben, lassen die Veranstaltung Revue passieren. Sie wird prinzipiell positiv bewertet, einige Redebeiträge und Bedenken, die von Teilnehmern geäußert wurden, werden jedoch kritisch betrachtet. Die Unterkünfte werden bald bezugsbereit sein.

TOP 4: Verschiedenes:

Die Anwesenden sammeln The-

men für den nächsten Tennenloher Boten (z. B. Nachschau auf Bürgerversammlung, Interview mit afghanischen Geflüchteten, Vorstellung des Kunstkreises) und diskutieren bereits verfasste Artikel zum Thema Toleranz und Nato. Der Vorsitzende äußert außerdem die Idee, zukünftig die Pfadfinder in

den Ablauf des Volkstrauertags mit einzubinden, um die Zeremonie ansprechender für Jüngere zu machen. Zum Abschluss berichtet ein Mitglied über seinen Besuch des Debattekonvents und die Anwesenden diskutieren über einzelne Themen, die dabei behandelt wurden.

AG 60+ ERLANGEN

Vorsitzende

Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

AG 60 plus - Kreisverband Erlangen

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 9. November 2022 in der Thalmühle, Erlangen

1. Begrüßung durch die Vorsitzende Monika Fath-Kelling, besonders begrüßt werden Dieter Kiehlhorn, Wolfgang Kummer, die zum ersten Mal 60+ besuchen, sowie Dieter Rossmeissl.

Monika weist auf unseren Filmnachmittag am Mittwoch, 23.11.22, 15:00 Uhr im IGM-Saal hin, mit der dänischen Filmkomödie „Adams Äpfel“. Es wird wie gewohnt Kaffee und Kuchen geben.

2. Hartmut berichtet von der Distriktssitzung Frauenaarach. Dort wird es nun eine Kooperation mit dem Distrikt Büchenbach geben, da im Distrikt Frauenaarach derzeit nur noch 4 Mitglieder aktiv sind und somit das Aufrechterhalten „eigener“ Distriktsitzungen nicht mehr geboten erscheint. Sollte sich an der Zahl Aktiver in Zukunft wieder etwas zum Positiven verändern, kann die Unter-

struktur des Kreisverband Erlangen „Distrikt Frauenaarach“ jederzeit wiederbelebt werden.

3. Dann berichtet er von einer Sitzung bei den IGM-Senioren. Da die AG 60+ des Unterbezirks eine engere Zusammenarbeit mit den IGM-Senioren plant, erhalten wir das Jahresprogramm der IGM-Senioren und wären dort als Gasthörer willkommen, aber könnten bestimmte Themen auch gemeinsam gestalten und bearbeiten.

4. Renate weist auf die aktuelle Änderung des § 130 StGB (Volksverhetzungsparagraph) hin. Wir sind mit dieser Änderung, die wohl eher eine abschreckende Wirkung beabsichtigt, als eine wirkliche Änderung der juristischen Substanz, nicht „glücklich“. Solche Art Symbolgesetzgebung hilft nicht, die Spaltungen und Unwuchten der Zivilgesellschaft in den aktuellen Krisen abzumildern.

5. Hem: Die AG60+ wird sich inhaltlich künftig noch mehr für Frieden, soziale Gerechtigkeit und

ETIKETT FÜR EMPFÄNGER*IN

Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.

Demokratie einsetzen. Eine inhaltliche Diskussion in allen konstituierenden AGs (JUSOS, ASF, 60+) ist wichtig, Grundsatzfragen sind eine bedeutende Arbeit in der SPD. Wir sind die Basis und müssen uns dazu melden! „Bringschuld“ an dieser Stelle.

6. Hem berichtet von einem sehr anstrengenden Abend mit dem Erlanger Friedensbündnis. Es ging um eine Vortrags-Veranstaltung mit Reiner Braun, einem der deutschlandweit bekanntesten und dienstältesten Friedensaktivisten, die das Bündnis am 8.12.2022 im Familienzentrum in der Bismarkstr.19 ausgerichtet wird. Wie leicht es heute gelingen kann verdiente Menschen, die über Jahrzehnte ihre Integrität unter Beweis gestellt haben, „in zweifelhaftes Licht“ zu rücken, hat uns erschreckt. Wir hoffen sehr, dass sich die Wogen in der Diskussion wieder ein bisschen glätten und der Vortrag wie geplant stattfinden kann. (Stand 16.11.: findet statt)

7. Wir werden Lothar Binding und Sebastian Roloff ein Exemplar des November-Monatsspiegel schicken und werden versuchen sie im Frühjahr nächsten Jahres für eine öffentliche Veranstaltung, beispielsweise im Redoutensaal zu gewinnen. Wir müssen über den internen SPD-Kreis hinaus für diese unendlich wichtige Friedensarbeit werben.

8. Inge schlägt vor, auf Bürgererebene die Partnerstädte in die Friedensarbeit deutlicher einzubinden. In keiner unserer Partnerstädte gibt es noch ein „Büro für partnerstädtische Angelegenheiten“, das erschwert die Zusammenarbeit. Die Partnerstädte sollten sich unterei-

inander viel stärker vernetzen (best practice, gemeinsame Resolutionen zu aktuellen Themen der Politik...), z.B. gerade wir Europäischen Städte mit unserer „transatlantischen“ Kommune Riverside. Es sollte über eine veränderte Struktur für die Partnerschaften nachgedacht werden. Darüber in ein paar ruhigen Stunden nachzusinnen erteilt uns Monika als „Hausaufgabe“ fürs nächste Jahr.

9. Wir gedenken unserer am 3. November 2022 verstorbenen Ruth Sych und erinnern an ihr sehr lesenswertes Buch „Zeugnisse“, das sie unter dem Pseudonym Emily Paul über ihre Kindheit und Jugend während und kurz nach der Zeit des 2. Weltkriegs, veröffentlichte. Monika und Inge bereiten einen Nachruf für den Monatsspiegel vor.

10. Nächste Termine:

Mittwoch, 23. November 2022, 15:00, Film „Adams Äpfel“, im IGM-Saal in der Friedrichstraße.

Mittwoch, 14. Dezember 2022, 15:00, „Lametta-Sitzung“

(genau diesen treffenden Ausdruck für eine vorweihnachtliche Jahresabschlussitzung verdanken wir Ruth...) mit adventlichem Gebäck und heißen und kalten Getränken in der Thalmühle.

Da der Kreisverband im Januar eine Neujahrempfangs-Sitzung plant, trifft sich unser Kreis im neuen Jahr dann erst wieder im Februar. Voraussichtlich am Mittwoch, den 8.2.2023 um 15 Uhr wie gewohnt, in der Thalmühle.

**